



**UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN**

Universitätsbibliothek Paderborn

Bericht des Rektorats der Universität - Gesamthochschule - Paderborn

Universität Paderborn

Paderborn, 1983/84 - 1984/85 nachgewiesen

3. Studium und Lehre

urn:nbn:de:hbz:466:1-8493

beabsichtigt) und dem Technical Institute of Sorman in Lybien.

Am Fachbereich 17 bestehen u.a. Kontakte zur University of Reading (Großbritannien), nach Valencia (Universität und Technische Hochschule), Lüttich, Rom, Jena, Budapest, zur Louisiana State University, zur Purdue University, zum California Institute of Technology, zur Clarkson University, zur University of Maryland, zur University of Arkansas, zur Northwestern University in Evanston (alle USA), nach Pretoria (Südafrika), Rio de Janeiro und Campinas (Brasilien).

Um die internationalen Kontakte der Hochschule noch ausbauen zu können, sind z. Zt. Überlegungen im Gange, die auf die Errichtung eines Gästehauses abzielen.

3. Studium und Lehre

3.1 Studenten

3.1.1 Herkunft der Studenten

Die Gesamthochschulen wurden mit dem Ziel gegründet, bildungsfernen Schichten in hochschulfernen Regionen wissenschaftliche Ausbildungsmöglichkeiten näherzubringen. Dies ist in Paderborn in vollem Umfang gelungen.

In Paderborn selbst kommen rund 55% der Studenten aus dem Kreis Paderborn und den Kreisen Höxter, Lippe, Hochsauerland und Soest, bei Einbeziehung der Kreise Gütersloh, Warendorf, Steinfurt, Minden-Lübbecke, Herford und der kreisfreien Stadt Bielefeld sind es knapp 70%. Die regionale Bedeutung der Uni-GH-Paderborn wird noch deutlicher, wenn die angrenzenden Gebiete Nordhessens und Süd-

niedersachsens hinzugezogen werden, denn dann erhöht sich die Quote der in Hochschulnähe Studierenden auf fast 80%.

Mit den Abteilungen Höxter, Meschede und Soest, in denen Fachhochschulstudiengänge angeboten werden, ist die Hochschule in besonderer Weise dezentral angesiedelt. Dies schlägt sich in der Herkunft der dortigen Studenten deutlich nieder.

Nach einer Faustregel kommen in der Bundesrepublik jeweils rd. 30% der Studenten aus Beamten- und Angestelltenfamilien. Nach der Untersuchung der Absolventen der Jahrgänge 76-80 haben in Paderborn jeweils rd. 30% Arbeiterkinder und Kinder von "kleinen und mittleren Selbständigen" studiert. Die gegenwärtigen Studenten weisen einen größeren Anteil der Angestelltenkinder (30 %) und Beamtenkinder (16 %) auf.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß Paderborn Bildungsreserven bei den Erstgenannten erschließen konnte und zunehmend auch für Kinder aus dem regionalen Bildungsbürgertum attraktiv wird.

3.1.2 Annahme der Hochschule durch die Studenten

Kritischen Einwendungen zufolge werden die Gesamthochschulen insbesondere deshalb angenommen, weil ihnen die Studenten - ob sie wollen oder nicht - von der ZVS zugewiesen werden. Man kann diese These prüfen, indem man die Studenten nach den Gründen für ihre Studienortwahl und insbesondere danach fragt, wie viele von ihnen als Grund für ihr Studium bei uns die Standortwahl im ZVS-Antrag nennen. Es gaben an

(WS 83/84):	1. Wahl Paderborn	13,5 %
	2. Wahl Paderborn	1,9 %
	3. Wahl Paderborn	2,1 %.

Diese Zahlen deuten an, daß der Anteil der Studienanfänger, die durch die ZVS zugewiesen wurden, gering ist und daß darunter der Anteil derer, die gegen ihre erste Präferenz zugewiesen wurden, sehr gering ist. Die oben genannte These ist daher für Paderborn nicht haltbar.

Im Gegenteil zeigen Untersuchungen der Hochschule, daß Paderborn auch in Zukunft ein ausgezeichneter Standort sein wird, weil das Einzugsgebiet groß und die Fächerstruktur befriedigend differenziert ist.

Hinzu kommt, daß Paderborn zwischen Hannover, Dortmund, Siegen und Clausthal einen idealen Standort für die Ingenieurwissenschaften bietet.

Insgesamt ist die Attraktivität Paderborns einschließlich der Abteilungen dem inhaltlich und nach der Studiedauer differenzierten Studienangebot sowie der Verbindung von geisteswissenschaftlichen, künstlerischen, ingenieur-, natur- und wirtschaftswissenschaftlichen Studienangeboten zu danken.

3.2 Zentrale Studienberatungsstelle

3.2.1 Personelle Besetzung

Personell ist die Zentrale Studienberatungsstelle mit 3 hauptamtlichen Studienberatern (Akademischen Räten), den Herren Bäcker, Dr. Heinze und Szczygiel, besetzt.

Weiterhin steht der ZSB eine Schreibkraft, Frau Jordan, zur Verfügung.

3.2.2 Studienvorbereitende Beratung

Wie im Vorjahr erfolgten ca. 50% der persönlichen Beratungsgespräche im Berichtsjahr mit Schülern und anderen Studieninteressenten.

Auch der weitaus größte Teil der schriftlichen (ca. 1500) und der über 3000 telefonischen Anfragen, die im Berichtsjahr erfolgten, bezog sich auf die studienvorbereitende Beratung von Studieninteressenten.

Für die Studieninteressenten wurde, wie in den Vorjahren, ein Schülerinformationstag (25.11.1983) durchgeführt, an dem ca. 1500 Schüler die Gelegenheit hatten, sich in Studienführungen und regulären Lehrveranstaltungen über das Studienangebot unserer Hochschule zu informieren.

Im Vordergrund der studienvorbereitenden Beratung stehen in letzter Zeit oft nicht mehr die Eignung und Neigung des Ratsuchenden, seine Interessen, seine positive Neugier, seine Freude auf das Studium, sondern das Aktualisieren von Risiken, Schwierigkeiten, Einschränkungen.

Es treten somit verstärkt negative Aspekte in den Vordergrund der Beratung von Studieninteressenten und Schülern. Die Beratung beginnt oft damit, die Fraglichkeit, die Risiken, gar die Unmöglichkeit der Realisierung eines Studienwunsches aufzuzeigen, um sich dann mit den Konsequenzen der daraus resultierenden Frustrationen auseinanderzusetzen.

Nicht selten sind inzwischen auch die Fälle, in denen Abiturienten bei der Suche nach einer eigentlich angestrebten betrieblichen Ausbildung scheitern und nun "gezwungenermaßen" nach einem Studiengang suchen, den sie studieren könnten.

Die Studienberatung hat in dieser Situation, in der die Ratsuchenden oft schon frustriert, entmutigt und resigniert zu uns kommen, die Aufgabe, gemeinsam mit den Klienten noch mögliche, für den einzelnen akzeptable Alternativen aufzuspüren und die Motivation für die so gefundene Lösung zu stärken.

Zu den Aufgaben der ZSB im Rahmen der studienvorbereitenden Beratung gehört auch die Erarbeitung von schriftlichem Informationsmaterial über unsere Hochschule und über einzelne Studiengänge. Im Berichtsjahr wurden ca. 5500 Exemplare derartiger Informationshefte an Studieninteressenten versandt bzw. verteilt.

3.2.3 Studienbegleitende Beratung

In der studienbegleitenden Beratung sind Fragen zur Orientierung im Studium (Studieneingangsberatung), der Planung und Organisation des Studiums und des Fach- bzw. Hochschulwechsels am häufigsten.

Wie bei der studienvorbereitenden Beratung spielte auch bei der studienbegleitenden allgemeinen Studienberatung (im Berichtsjahr 1983/84 ca. 1100 Beratungsgespräche) die Verunsicherung über die späteren Berufsaussichten eine immer stärker werdende Rolle. Entsprechend häufig sind sogar schon bei Studienanfängern Fragen nach Möglichkeiten zu Ergänzung-, Aufbau- und Zweitstudien, bei Lehramtsstudenten Fragen nach Möglichkeiten der Erweiterung des Staatsexamens um ein Ergänzungsfach oder auf eine weitere Schulstufe.

Die Absicht zu einem Zweit- oder Aufbaustudium einschließlich eines Promotionsstudiums ist nicht selten ausdrücklich weniger durch fachliches Interesse motiviert, sondern mit der Hoffnung auf bessere Einstel-

lungschancen oder der Absicht, "Wartezeiten" wenigstens einigermaßen sinnvoll zu nutzen.

3.2.4 Beratung in den Abteilungen

Im Berichtsjahr hat die ZSB neue regelmäßige Beratungsstunden in den Abteilungen eingerichtet.

Erfahrungsgemäß ist die Beratungsnachfrage bei den Fachhochschulstudiengängen speziell ingenieurwissenschaftlicher Ausrichtung deutlich geringer als in den Studiengängen am Standort Paderborn, so daß es bisher ausreichte, einige Beratungstermine pro Semester anzubieten.

Der Schwerpunkt der Beratung in den Abteilungen liegt fast ausschließlich auf Fragen der Möglichkeiten der Weiterqualifikation durch Zweit- oder Aufbaustudiengänge und den damit zusammenhängenden Problemen.

3.2.5 Psychologische Beratung

Die psychologische Beratung spielt sich in einem Grenzfeld ab, in dem einerseits die Methoden und die Intensität der allgemeinen Studienberatung nicht ausreichen, dem Klienten zu helfen, andererseits aber eine Therapie im Sinne einer Heilbehandlung entweder nicht indiziert ist, nicht vermittelt werden kann oder von Klienten nicht gewünscht wird.

3.3 Studien- und Prüfungsordnungen

Die Studienkommission bzw. die Kommission für Studium, Lehre und Studienreform haben seit dem Sommersemester 1983 folgende Ordnungen beraten:

- Prüfungsordnung für den integrierten Studiengang Maschinenbau im Fachbereich 10 (Maschinentechnik I)
- Studienordnung für den Fachhochschulstudiengang Maschinenbau im Fachbereich 11 (Maschinentechnik II)
- Studienordnung für den Fachhochschulstudiengang Maschinenbau mit Praxissemester im Fachbereich 11 (Maschinentechnik II)
- Studienordnung für den Fachhochschulstudiengang Elektrotechnik im Fachbereich 16 (Nachrichtentechnik)
- Studienordnung für den Fachhochschulstudiengang Elektrotechnik mit Praxissemester im Fachbereich 15 (Nachrichtentechnik)
- Studienordnung für den Fachhochschulstudiengang Elektrotechnik im Fachbereich 16 (Elektrische Energietechnik)
- Studienordnung für den Fachhochschulstudiengang Elektrotechnik mit Praxissemester im Fachbereich 16 (Elektrische Energietechnik)
- Studienordnung für den Fachhochschulstudiengang Landbau im Fachbereich 9 (Landbau)
- Studienordnung für den Fachhochschulstudiengang Maschinenbau im Fachbereich 12 (Maschinentechnik III)
- Studienordnung für den Fachhochschulstudiengang Maschinenbau mit Praxissemester im Fachbereich 12 (Maschinentechnik III)
- Studienordnung für den integrierten Studiengang Maschinenbau im Fachbereich 10 (Maschinentechnik I)
- Prüfungsordnung für den Magisterstudiengang im Fachbereich 4 (Kunst, Musik, Gestaltung)
- Prüfungsordnung für den integrierten Studiengang Mathematik im Fachbereich 17 (Mathematik - Informatik)
- Studienordnung für den Fachhochschulstudiengang Architektur im Fachbereich 7 (Architektur - Landespflege)
- Studienordnung für den Fachhochschulstudiengang Architektur mit Praxissemester im Fachbereich 7 (Architektur - Landespflege)

Diese Ordnungen wurden, abgesehen von einer Ausnahme, die von dem betreffenden Fachbereich nochmals überarbeitet wird, an den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen weitergeleitet.

Die Mehrzahl der vorgelegten Ordnungen ist bisher vom MWuF bedauerlicherweise nicht genehmigt worden. Genehmigungsverfahren im MWuF - insbesondere auch bei der Einrichtung neuer Studiengänge - erweisen sich seit Jahren als unangemessen langwierig. Solche Verzögerungen sind aber nicht etwa durch sachliche Schwächen der vorgelegten Ordnungen zu begründen, denn soweit es überhaupt Reaktionen gab, waren die Monita des MWuF nur in den seltensten Fällen substantieller Art.

Für eine Reihe von Fächern und Studiengängen müssen die "alten" Ordnungen noch an das WissHG angepaßt werden. Das Verfahren zur Genehmigung von Studienordnungen hat sich im Berichtszeitraum entscheidend geändert: Nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über die Fachhochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen vom 26. Juni 1984 hat jetzt der Rektor im Auftrag des Ministers für Wissenschaft und Forschung die Genehmigung der Studienordnungen zu erteilen (§ 85 Abs. 1 Satz 2 WissHG n.F. bzw. § 56 Abs. 1 Satz 2 FHG n.F.). Gemäß § 108 Abs. 3 letzter Satz WissHG n.F. bzw. § 73 Abs. 3 letzter Satz FHG n.F. ist dabei die Genehmigung aus Rechtsgründen oder wenn Regelungen in der Studienordnung den in § 5 WissHG bzw. FHG festgelegten Zielen widersprechen, zu versagen. Die Genehmigung durch den Rektor gilt nicht für ergänzende prüfungsrechtliche Bestimmungen in Studienordnungen. Diese Teile einer Studienordnung bedürfen weiterhin der Genehmigung durch den MWuF.

3.4 Erste Staatsprüfungen für die Lehrämter

Die mit Erlaß des Kultusministers und des Ministers für Wissenschaft und Forschung NRW vom 06. Juli 1983 der Hochschule im Entwurf zugeleitete Änderungsverordnung zur Lehramtsprüfungsordnung (LPO - I) wird bei ihrem Inkrafttreten insofern eine neue Situation für die Lehrerausbildung in Nordrhein-Westfalen schaffen, als damit erstmals inhaltliche Vorgaben für die einzelnen Lehramtsfächer auf der Ebene der Prüfungsordnung in Kraft treten werden.

Der Kultusminister hat bisher für folgende Fächer "Besondere Vorschriften" (sog. B-Teile) der Hochschule im Entwurf zugesandt: Chemie, Deutsch, Englisch, Erziehungswissenschaft, Französisch, Geographie, Mathematik, Philosophie, Physik, Spanisch, Wirtschaftswissenschaft, Griechisch, Latein, Italienisch, Niederländisch, Biologie, Geschichte, Hauswirtschaftswissenschaft, Kunst, Musik, Pädagogik, Politik, evangelische Religionslehre, katholische Religionslehre, Textilgestaltung, Russisch, Lernbereiche Sachunterricht Gesellschaftslehre, Lernbereich Sachunterricht Naturwissenschaft/Technik, Berufliche Fachrichtung Elektrotechnik, Gestaltungstechnik, Sozialpädagogik, Sonderpädagogische Fachrichtungen, Rechtswissenschaft, Sozialwissenschaften, Sport, die Beruflichen Fachrichtungen Maschinenteknik, Bautechnik, Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft und Chemietechnik.

Die Stellungnahmen wurden von den einzelnen Fächern erarbeitet, in den zuständigen Fachbereichsräten, der Unterkommission 'Lehramtsstudiengänge' und der Kommission für Studium, Lehre und Studienreform erörtert und vom Senat zur Kenntnis genommen.

Die Hochschule hat sowohl in ihrer Stellungnahme als auch auf dem Hearing des Kultusministers am 06. Februar 1984 (fortgesetzt am 25.06.1984) deutlich gemacht, daß nach wie vor die auch in den Studienreformkommissionen vielfach artikulierten grundsätzlichen Bedenken gegen die Hineinnahme detaillierter inhaltlicher Vorschriften in die Prüfungsordnung bestehen. Was die etwaigen personellen und finanziellen Folgelasten der neuen Bestimmungen betrifft, so kommen die Fächer - bis auf wenige Ausnahmen - zu dem Ergebnis, daß das erforderliche Mindestangebot mit dem vorhandenen Personal abgedeckt werden kann, daß zusätzliche Lehraufträge nicht benötigt werden und daß die Durchführung der schulpraktischen Studien keine Mehrkosten verursacht.

Mit dem Inkrafttreten der ersten fachspezifischen B-Teile wird nach letzten Informationen Ende '84 / Anfang '85 gerechnet. Von den betroffenen Fächern sind dann unverzüglich auch neue Studienordnungen zu erstellen.

3.5 Neue Studienangebote

3.5.1 Studienrichtung Informationsverarbeitung im Fachhochschulstudiengang Elektrotechnik (Meschede - FB 15)

Auf Vorschlag des Fachbereichs 15 - Nachrichtentechnik - hat die Hochschule am 16.06.1983 die Einführung der Studienrichtung Informationsverarbeitung beim Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW beantragt. Der MWuF hat mit Erlaß vom 15. August 1983 die Einführung dieser Studienrichtung in Meschede genehmigt. Die Genehmigung umfaßt auch die Einführung eines fakultativen Praxissemesters.

Für die Einrichtung einer Studienrichtung Informationsverarbeitung in Meschede sprechen verschiedene Gründe:

1. Das Berufsfeld des Ingenieurs, der sich mit Entwicklung und/oder Einsatz informationsverarbeitender Geräte beschäftigt, hat in den letzten Jahren bedeutsame technologische Veränderungen erfahren. Diese Entwicklung hat u.a. dazu geführt, daß Absolventen bei Eintritt in ihr Berufsleben in zunehmendem Maße weniger in spezifisch nachrichtentechnischen Fächern und mehr für Aufgaben der Informationsverarbeitung eingesetzt worden sind.

Die Hochschule hält es daher für erforderlich, ihren Studenten auch eine Ausbildung anzubieten, die sich einerseits an den Grundlagen der klassischen Elektrotechnik orientiert, andererseits jedoch auch grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten der Technischen und Praktischen Informatik vermittelt.

2. Die Hochschule will mit dieser Studienrichtung die Ausbildung in den ingenieurmäßigen Disziplinen der Informatik sichern. Durch die Umwandlung des Studiengangs Ingenieurinformatik (Fachbereich 17) in die wissenschaftlich orientierte Informatik ist eine Lücke im Ausbildungsangebot der Hochschule entstanden, die das innovations- und zukunftssträchtige Gebiet der praxisorientierten und ingenieurmäßigen Informationsverarbeitung betrifft. Diese Lücke soll durch die neue Studienrichtung geschlossen werden.

3. Mit der Einrichtung der Studienrichtung Informationsverarbeitung in der Abteilung Meschede soll das regionale Angebot an Studienmöglichkeiten verbessert und damit zur Entlastung der Ballungszentren beigetragen werden.

Das Einzugsgebiet für die geplante Studienrichtung läßt eine günstige Entwicklung der Studentenzahlen erwarten.

4. Im Fachhochschulstudiengang Elektrotechnik wird auf Landesebene die Studienrichtung Informationsverarbeitung bisher nur an fünf Orten angeboten, davon viermal im Rheinland (Aachen, Gummersbach, Köln und Krefeld) und einmal in Ostwestfalen (Bielefeld). Diese Tatsache ist wohl als einer der Gründe dafür anzusehen, daß das Verhältnis Nachfrage zu Angebot in der Studienrichtung Informationsverarbeitung relativ groß ist.

3.5.2 Lehramtsstudiengänge 'Industrie/Organisation und Datenverarbeitung' und 'Industrie/Unternehmensrechnung' als spezielle Wirtschaftslehren der Sekundarstufe II

Auf Vorschlag des Fachbereichs 5 - Wirtschaftswissenschaften - hat die Hochschule die Einrichtung der o.g. Studiengänge beim Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW beantragt. Der MWuF hat mit Erlaß vom 09. August 1984 die Einführung der o.g. Studiengänge genehmigt.

Für die Einrichtung sprechen insbesondere folgende Gründe:

1. Innerhalb des kaufmännischen Berufsschulwesens besteht noch eine Nachfrage nach Hochschulabsolventen, die eine spezielle Wirtschaftslehre als Zweitfach studiert haben.
2. Absolventen mit der beruflichen Fachrichtung Wirtschaftswissenschaften und der speziellen Wirtschaftslehre werden durch diese Kombination bessere alternative Berufsmöglichkeiten außerhalb des Schuldienstes eröffnet.
3. Diese affine Kombination für Lehramtskandidaten eröffnet zusätzliche Ausbildungsperspektiven innerhalb der Hochschule, weil ein zweiter Hochschulabschluß, das Diplom, möglich erscheint.

4. Die Kombination der beruflichen Fachrichtung Wirtschaftswissenschaften und der speziellen Wirtschaftslehre dürfte die Beschäftigungschancen für Lehramtskandidaten innerhalb des betrieblichen Ausbildungsektors verbessern.

Für die Einrichtung der Studiengänge werden keine zusätzlichen personellen, räumlichen und sächlichen Mittel benötigt.

3.6 Geplante Studienangebote

3.6.1 Diplomstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen

Auf Vorschlag der Fachbereiche Maschinentechnik I, Elektrotechnik und Wirtschaftswissenschaft und aufgrund einer Empfehlung der Studien- und der Struktur- und Haushaltskommission hat der Senat am 21.09.1983 die Einführung des integrierten Studiengangs Wirtschaftsingenieurwesen beschlossen. Die Hochschule hat dem Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW den Antrag auf Einrichtung des integrierten Studiengangs Wirtschaftsingenieurwesen am 12.10.1983 vorgelegt. Mit Erlaß vom 09. August 1984 hat sich der MWuF grundsätzlich bereit erklärt, die Einführung des integrierten Studiengangs Wirtschaftsingenieurwesen an der Universität-Gesamthochschule-Paderborn als Reformmodell gemäß § 6 Abs. 2 WissHG mit zunächst befristeter Laufzeit zu genehmigen.

In der Bundesrepublik gibt es verschiedene Modelle, wie man mit dem Ziel des Abschlusses als Diplom-Wirtschaftsingenieur studieren kann, nämlich Konsektivmodelle, die ein Aufbaustudium wirtschaftswissenschaftlicher Provenienz auf ein grundständiges ingenieurwissenschaftliches Studium folgen lassen oder die ein Analogon im Fachhochschulbereich vorsehen, und Parallelstudiengänge der von unserer Hochschule vorgeschlagenen Art.

In der Region bietet die Fachhochschule Bielefeld ein Zusatzstudium an.

3.6.2 Magisterstudiengang im Fachbereich 1 - Philosophie, Geschichte, Geographie, Religions- und Gesellschaftswissenschaften -

Auf Vorschlag des Fachbereichs 1 und aufgrund einer Empfehlung der Kommission für Lehre, Studium und Studienreform und der Kommission für Planung und Finanzen hat der Senat in seiner Sitzung am 07.12.1983 die Einführung eines Magisterstudienganges im o.g. Fachbereich beschlossen. Die Hochschule hat dem Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW den Antrag auf Einrichtung in Verbindung mit einer Studienstrukturbeschreibung am 09.12.1983 vorgelegt. Der Antrag ist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom MWuF nicht genehmigt worden.

Die Einrichtung eines Magisterstudienganges soll vorrangig der Ermöglichung neuer Fächerkombinationen dienen und ist insofern nicht nur für den antragstellenden Fachbereich, sondern auch für den im Fachbereich 3 - Sprach- und Literaturwissenschaften - bereits laufenden Magisterstudiengang von außerordentlicher Bedeutung. Die fehlenden Kombinationsmöglichkeiten werden von den Studenten hochschulintern - und auch beim MWuF - als gravierende Mängel beklagt.

Die durch Magister-Studiengänge mögliche Umschichtung von Lehramtsstudenten sowie der rationelle Einsatz personeller und sächlicher Mittel bei rückläufigen Zahlen der Lehramtsstudenten sind weitere Argumente für die Einführung eines Magisterstudienganges.

Infolge der im Fachbereich 1 gegebenen fachlichen und personellen Struktur können die für Magisterstudiengänge erforderlichen Curricula durchgeführt werden.

Eine zusätzliche Inanspruchnahme personeller, räumlicher oder sächlicher Mittel ist durch die Einführung des Magisterstudienganges nicht erforderlich.

In vielen Gesprächen mit dem MWuF hat die Hochschule dem MWuF die Notwendigkeit und die Dringlichkeit der Einführung des Magisterstudienganges immer wieder dargelegt. Eine endgültige Entscheidung ist für die unmittelbare Zukunft in Aussicht gestellt.

3.6.3 Zusatzstudiengang "Geosystematische Raumanalyse der Tropen und Subtropen in Ländern der Dritten Welt" im Fachbereich 1 - Philosophie, Geschichte, Geographie, Religions- und Gesellschaftswissenschaften -

Auf Antrag des Fachbereichs 1 und Empfehlung der zuständigen Kommissionen hat der Senat dem Antrag am 27. Juni 1984 zugestimmt. Die Hochschule hat den Antrag auf Einrichtung des o.g. Studienganges dem MWuF im Juli 1984 vorgelegt.

Zielgruppen

Da die meisten technischen, ökonomischen und soziologischen Studienabschlüsse nur auf die jeweils fachlichen Inhalte ohne Berücksichtigung der völlig anders gearteten Strukturen in Staaten der Dritten Welt ausgerichtet sind, ist hier von der Geographie ein Zusatzstudium geplant, das das ganze Spektrum der Entwicklungspraktiker erfassen kann: Ingenieure, Agrartechniker, Agrarsoziologen, Landwirte, Geologen, Ökonomen, Administratoren, Politiker... etc. Neben der Gruppe der bereits Berufstätigen sind Diplom- und Promotionsabsolventen aller

Fachdisziplinen mit der beruflichen Zielsetzung "Entwicklungsdienste" angesprochen. Hierzu gehören auch Absolventen des Faches Geographie, die über ein Studium mit Diplom-, Magister- oder Sek. I/II-Abschluß verfügen.

Studienzeit

Die Studienzeit für den Abschluß des Zusatzstudiums beträgt 4 Semester.

Im letzten Semester des Hauptstudiums sind ein mehrwöchiges (mindestens 4 Wochen) Auslandspraktikum sowie die Anfertigung der schriftlichen Abschlußarbeit vorgesehen.

Das Fach Geographie verfügt über die Einrichtungen und die personelle Struktur, den Anforderungen eines solchen Zusatzstudiums gerecht zu werden. Zusätzliche personelle, sächliche und räumliche Mittel werden zur Durchführung nicht benötigt.

3.6.4 Zusatzstudiengang "Ausländerpädagogik"

Mit Erlaß vom 25.10.1983 hat der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW seine Vorstellungen zur regionalen Studienangebotsplanung hinsichtlich Ausländerpädagogik und Deutsch als Fremdsprache der Hochschule mitgeteilt.

Mit ihrer Stellungnahme zum o.g. Erlaß hat die Hochschule im Dezember 1983 aufgrund einer Empfehlung des MWuF gleichzeitig die detaillierte Strukturbeschreibung eines Zusatzstudiengangs 'Ausländerpädagogik' vorgelegt, welcher den Schwerpunkt 'Berufliche Bildung' vorsieht.

Mit Erlaß vom 10. August 1984 hat der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW mitgeteilt, daß

er "nach Überprüfung der Einstellungssituation für Lehramtsbewerber und der an den Hochschulen vorhandenen Voraussetzungen für ein Zusatzstudium im Bereich der Ausländerpädagogik an den vier vorgeschlagenen Standorten (Bielefeld, Essen, Köln, Münster) festhalten will." Damit hat sich die intensive Planungsarbeit für den Zusatzstudiengang 'Ausländerpädagogik' bedauerlicherweise als vergeblich erwiesen.

3.6.5 Ergänzungsstudiengänge Maschinenbau im Fachbereich 10 und Elektrotechnik im Fachbereich 14

Der Senat hat dem Antrag des Fachbereichs 10 auf Einführung eines Ergänzungsstudiums am 02. Mai 1984 zugestimmt. Die Hochschule hat dem Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW diesen Antrag im Juni 1984 zur Genehmigung vorgelegt. Eine Antwort des MWuF ist bisher nicht eingegangen.

Der Senat hat am 02. Mai 1984 dem Antrag des Fachbereichs 14 auf Einführung des Ergänzungsstudienganges Elektrotechnik zugestimmt. Die Hochschule hat im Juni 1984 diesen Antrag dem Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW zur Genehmigung vorgelegt. Eine Antwort des MWuF ist bisher nicht eingegangen.

Zusätzliche personelle, sächliche und räumliche Mittel werden für die Durchführung nicht benötigt.

Bei dem Ergänzungsstudium handelt es sich um ein neues Element der Hochschulausbildung. Ziel des Ergänzungsstudiums ist die Vertiefung der wissenschaftlichen Ausbildung, die mit dem Diplom einer wissenschaftlichen Hochschule abschließt. Der Abschluß des Ergänzungsstudiums ist mit dem Diplom eines herkömmlichen Studienganges einer wissenschaftlichen Hochschule identisch.

Jeder Absolvent eines geeigneten Studienganges soll grundsätzlich die Möglichkeit haben, ein Ergänzungsstudium zu absolvieren. Die Eigenständigkeit der jeweiligen Bildungsaufträge und Spezifika der Hochschultypen darf durch die Einrichtung von Ergänzungsstudien nicht beeinträchtigt werden.

Da beide Hochschultypen berufsqualifizierend ausbilden, ist das Ziel eines Ergänzungsstudiums die wissenschaftliche Weiterqualifikation (z.B. Promotionsmöglichkeit) von Fachhochschulabsolventen.

Die Hochschule unterstützt diese Art der wissenschaftlichen Weiterqualifikation für Fachhochschulabsolventen ausdrücklich und sieht darin ein wesentliches Element der Kooperation zwischen dem Zentralort Paderborn und den Abteilungen in Meschede und Soest.

3.6.6 Lehramtsstudiengang Politik S II

Die Hochschule hat im März 1982 dem Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW den Antrag auf Einrichtung des o.g. Studienganges vorgelegt. Der MWuF hat zu erkennen gegeben, daß eine Realisierung chancenlos ist. Eine offizielle ablehnende Mitteilung ist bisher nicht erfolgt.

3.6.7 Lehramtsstudiengang Geographie

Die Hochschule hat dem Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW im August 1981 den Antrag auf Einrichtung des Lehramtsstudienganges Geographie S II vorgelegt. Eine offizielle Mitteilung durch den MWuF steht bisher aus.

Das Fach Geographie für die Sekundarstufe II wird in Ostwestfalen nicht angeboten. Aufgrund der personellen Situation - Bielefelder Personal wurde nach Paderborn versetzt - ist das Fach in der Lage, ein fachwissenschaftlich und fachdidaktisch differenziertes, stufenbezogenes und qualitativ angemessenes Lehrangebot zu erbringen.

Bei der Einrichtung neuer Lehramtsstudiengänge müssen zwei Überlegungen im Vordergrund stehen:

1. Wie kann eine weitere "Ausdünnung" im Bereich der Lehramtsstudiengänge an unserer Hochschule vermieden werden (z.B. Wegfall Chemietechnik SII bbS, Biologie S I und Kunst S II)?
2. Wie sinnvoll ist eine Arrondierung weiterer Fächer unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Berufsaussichten für Lehrer?

3.6.8 Berufserweiterndes Lehrangebot für Lehrer ohne Anstellung

Lehramtsstudenten und angehende Lehrer sind augenblicklich von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Legt man die gegenwärtige Situation auf dem Lehrerarbeitsmarkt, die aktuellen Studenten- und Referendarzahlen, die zurückgehenden Schülerzahlen, die Altersstruktur der amtierenden Lehrerschaft und die Finanzmittelknappheit der öffentlichen Haushalte zugrunde, so muß gegen Ende der 80er Jahre bundesweit mit mindestens 70.000 Lehrern gerechnet werden, die ohne schulische Beschäftigung sein werden. Eine so angespannte und sich weiter verschärfende Situation auf dem Arbeitsmarkt 'Schule' macht eine differenziertere Qualifizierung von Lehrern für außerschulische Tätigkeitsfelder erforderlich.

Um eine größere Flexibilisierung der Lehramtsstudenten, der Referendare und der Lehrer ohne Anstellung zu errei-

chen, stellt die Universität-GH-Paderborn in einem ersten Schritt zur Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit im Wintersemester 1984/85 ein berufserweiterndes Lehrangebot aus den Gebieten Betriebswirtschaftslehre, Medienpädagogik, Datenverarbeitung und Fremdsprachen für diesen Personenkreis zur Verfügung.

Auf dieses Lehrangebot hat die Hochschule öffentlichkeitswirksam hingewiesen (Presse, Aushang von Plakaten innerhalb der Hochschule).

3.6.9 Weitere Studienangebotsplanungen

In der Hochschule wird derzeit über die Einrichtung folgender Studiengänge bzw. Studienrichtungen auf verschiedenen Ebenen diskutiert.

- Diplomstudiengang "Technomathematik" im Fachbereich 17
 - Mathematik/Informatik - zusammen mit den Fachbereichen 10 und 14
- Zusatzstudiengang "Ökochemie und Umweltschutz"
- Studienrichtung H I "Meßtechnik im Arbeitsschutz" im integrierten Studiengang Chemie
- Ergänzungsstudiengang "Chemie und Chemische Technik"
- Lehramtsstudiengang Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft S II (berufliche Fachrichtung)
- Lehramtsstudiengang Textil/Bekleidungstechnik SII (berufliche Fachrichtung)
- Musikwissenschaft (Promotion zum Dr. phil.)

3.7 Weiterbildung

3.7.1 Ausgangslage

Zu den Aufgaben der Hochschule gehört laut WissHG (vgl. §§ 3, Abs. 2; 87; 89) die Bereitstellung von Möglichkei-

ten der Weiterbildung in Zusammenhang "mit Einrichtungen der Weiterbildung außerhalb des Hochschulbereichs" (§ 89,1).

In der Verordnung über die Rahmenrichtlinien für die Aufstellung kommunaler Weiterbildungsentwicklungspläne vom 28.06.1983 wird den Volkshochschulen als den kommunalen Trägern von Weiterbildung aufgetragen, Entwicklungspläne aufzustellen, deren Aufgabe es ist, "durch Zusammenarbeit der Träger von Weiterbildungseinrichtungen das örtliche Weiterbildungsangebot zu verbessern" (§ 1), und es heißt ausdrücklich: "Planungsbeteiligte sind die im Planungsbereich tätigen Träger von nach dem Planungsgesetz anerkannten Einrichtungen und die Hochschulen" (§ 2,1).

Aus den genannten gesetzlichen Vorgaben ergibt sich, daß die Hochschulen gehalten sind,

- Weiterbildungsmöglichkeiten bereitzustellen und
- dabei mit anderen lokalen und regionalen Trägern von Weiterbildung zusammenzuarbeiten.

Es ist einsichtig, daß eine solche Aufgabe nur unter Berücksichtigung der höchst unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten zu planen und zu lösen ist. In bezug auf Paderborn erscheint es deshalb angebracht, vier wesentliche Parameter für das Verhältnis von hochschulischem Weiterbildungsangebot und regionaler Einbindung der Hochschule in Rechnung zu stellen:

- In neuen, ausdrücklich nach dem Konzept der Regionalisierung des tertiären Bildungssystems angesiedelten Hochschulen stellt sich die Aufgabe der Weiterbildung grundsätzlich anders als in traditionellen Hochschulen.
- In Hochschulen mit einem vorwiegend ländlichen Umfeld ist das Weiterbildungsangebot anders zu strukturieren als in städtischen Ballungsräumen (allein das Problem der Anfahrt zur Hochschule ist hier bereits ein wichtiger Planungsfaktor).

- In Gesamthochschulen, die in ihre Fachhochschul- und ihre integrierten Studiengänge auch Nicht-Abiturienten aufnehmen, ergibt sich im Bereich der grundständigen Studiengänge ein anderes Bezugsfeld für die Verwirklichung eines Weiterbildungsangebots als in herkömmlichen Universitäten mit ihrer Beschränkung auf Studenten mit allgemeiner Hochschulreife.
- In Hochschulen mit einem zentralen Campus ist die Weiterbildungsfrage innerhalb anderer Rahmenbedingungen zu lösen als in Hochschulen mit auf mehrere Standorte verteilten Abteilungen.

Über diese vier Aspekte hinaus werden weitere wichtige Rahmenbedingungen auf der Seite der Hochschule durch das Spektrum der vertretenen Fächer und auf der Seite der Region durch das Vorhandensein bzw. Fehlen konkurrierender und/oder ergänzender Weiterbildungsangebote durch öffentliche und/oder freie Träger gesetzt.

In der neuen Studienreformkommission Weiterbildung in NRW ist die Uni-GH-Paderborn durch den Prorektor für Studium und Lehre vertreten.

Die Hochschule hat im Bereich der Weiterbildung, der für sie auch ein Zukunftsmarkt ist, bisher schwerpunktmäßig folgende Aktivitäten entwickelt:

3.7.2 Zentrum für Weiterbildung - Meschede -

Der Angebotsumfang und die Akzeptanz für die Jahre 1983 und 1984 ergeben sich aus folgenden Zahlen:

Jahr	Seminare	Hörer	Referentenstunden	Hörerstunden
1983	11	168	772	14.432
1984	12	340	900	17.000

(geschätzt)

- Veranstaltungsformen:

a) Mehrwöchiges Kontaktstudium

- ganztägig, in einem Umfang bis zu 14 Wochen
- mit dem Ziel, den Teilnehmern Fachwissen im Sinne der studentischen Ausbildung in einer Studienrichtung unter besonderer Berücksichtigung der neueren Technologie zu vermitteln.

b) Tagesseminare

- ganztägige von 1 bis 3 Tagen
- mit dem Ziel, die Teilnehmer über den Stand und neueste Entwicklungen in speziellen Fachgebieten zu informieren.

In dieser Form wurden auch Folgen von Aufbau Seminaren erprobt (z.B. Aluminiumtechnologie I-IV, Hydraulik I-IV)

c) Abendseminare

- etwa dreistündig, einmal wöchentlich, für die Dauer von 10-12 Wochen
- mit dem Ziel, den Teilnehmern Kenntnisse in einem speziellen Fach oder gezielt eine bestimmte Fähigkeit zu vermitteln

d) Wochenendseminare

- ganztägig, samstags, an mehreren Wochenenden
- mit der gleichen Zielrichtung wie c)

e) Kolloquien

in denen Teilnehmern, Hochschullehrern und Studenten Gelegenheit gegeben wird, über spezielle technologische Entwicklungen Informationen auszutauschen. Hier ist das ZWB im wesentlichen für die organisatorische Durchführung verantwortlich.

Diese Veranstaltungsformen haben sich bewährt und sollen weiter praktiziert werden.

- Veranstaltungsinhalte

Die Themen der einzelnen Veranstaltungen ergaben sich aus:

- einer Einschätzung des Marktes unter besonderer Berücksichtigung z.T. bekannter potentieller Hörer bzw. Interessenten und
- der fachlichen Ausrichtung der verfügbaren Referenten.

Neben externen Referenten, die von außerhalb der Hochschule kamen, waren Hochschullehrer und Mitarbeiter aus den Fachbereichen

Wirtschaft (FB 5)

Maschinenbau (FB 11)

Elektrotechnik (FB 14, FB 15, FB 16)

als Seminarleiter, Referenten und Betreuer an der Durchführung der Veranstaltungen beteiligt.

U.a. wurden folgende Fachgebiete behandelt:

- Digitaltechnik und Mikroelektronik als Kontaktstudium,
- Schweißtechnik (mit verschiedenen Themenstellungen),
Aluminiumtechnologie (als Aufbauseminar I-IV),
Massenguttransport durch Rohrleitungen,
Experimentelle Spannungsanalyse,
Nachrichtenübertragung mittels Lichtwellenleiter,
Geräuschmindernde Maßnahmen in Fertigungsstätten und Digitalelektronik
als Mehrtagesseminare z.T. in Form von Kolloquien
- Nachrichtenübertragung mittels Lichtwellenleiter,
Industrielle Steuerungen und
Geräuschprobleme
als Abend- oder Wochenendseminare

- Höreranalyse:

Für die Kontaktstudienprogramme und 1- bis 3-Tagesseminare rekrutieren sich die Hörer zu 78% aus einer Entfernung über 60 km Umkreis von Meschede, bei einigen Seminaren sind Teilnehmer aus dem Ausland zu verzeichnen (Massenguttransport durch Rohrleitungen,

Aluminiumtechnologie). Bei diesen Seminaren hat die überwiegende Teilnehmerzahl (zwischen 80 und 90%) einen Ausbildungsstand mit Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluß, 65% der Teilnehmer sind bereits Führungskräfte, ca. 35% sind Nachwuchskräfte mit zum Teil Aufgaben im mittleren Managementbereich.

Weiterhin wurde versucht, die Motive zu erforschen, die die Hörer zur Teilnahme an den Seminaren bewegt haben.

Die Untersuchungsergebnisse lassen z.Zt. jedoch noch keine gesicherten und aussagekräftigen Angaben über die Motive zu.

- Entwicklungsziele

Die Entwicklung der nächsten vier Jahre soll sich an folgenden Zielen orientieren:

- der Umfang des Angebots ist zu erweitern,
- das Themenspektrum ist zu ergänzen,
- zusätzliches Teilnehmerpotential ist zu erschließen.

Um diese Ziele zu erreichen ist beabsichtigt, in der Arbeit der Geschäftsführung folgende Schwerpunkte zu setzen:

- a) Gestaltung des Angebots
- b) Werbekonzeption unter besonderer Berücksichtigung der Kooperation
- c) Erhöhung der Attraktivität des Angebots.

- Entwicklungsplan

Der vom Zentrum für Weiterbildung vorgelegte Entwicklungsplan nennt folgende Planzahlen:

1985: - Seminarkatalog wird eingerichtet (aus dem vorhandenen Bestand)

- Jahresprogramm

2 Kontaktstudienprogramme mit 1.220 Referentenstunden

- 6 Mehrtagsseminare mit 300 Referentenstd.
- 6 Abend-Wochenendsem. mit 218 Referentenstd.

- 1986: - Seminarkatalog wird um 4 Seminare erweitert.
- Jahresprogramm wie 1985 (etwa 1.800 Referentenstunden)
- 1987: - Seminarkatalog wird um 4 Seminare erweitert.
- Jahresprogramm gegenüber 1985/86 um 4 Seminare mit ca. insgesamt 120 Referentenstunden erweitert.
- 1988: - Seminarkatalog wird um 4 Seminare erweitert.
- Jahresprogramm gegenüber 1987 um 4 Seminare mit ca. insgesamt 120 Referentenstunden erweitert.

3.7.3 Lehrerfort- und -weiterbildung (Paderborn)

Gemäß § 21 LABG sollen "Maßnahmen der Fortbildung den Lehrer in die Lage versetzen, den sich verändernden Anforderungen zu entsprechen."

Die Hochschule hat im Berichtszeitraum dazu Maßnahmen ergriffen, weil

- angesichts der allseitigen Mittelverknappung das in der ostwestfälischen Region für den gymnasialen Bereich ohnedies nie besonders reichhaltige Fort- und Weiterbildungsangebot staatlicher und privater Träger mittlerweile erheblich reduziert oder sogar gänzlich eingestellt worden ist;
- angesichts des weitgehenden Einstellungsstops für junge Lehrer die Anregungen und Innovationen ausbleiben werden, die bisher durch junge Kollegen in bestehende Strukturen eingebracht wurden, und weil deshalb für eine von "Überalterung" bedrohte praktizierende Lehrerschaft um so mehr die Möglichkeit einer kontinuierlichen Fort- und Weiterbildung in bezug auf neue Themen und Techniken bereitgestellt werden muß;

- für die ständig wachsende Zahl arbeitsloser Lehrer die Wartezeit bis zu einer Einstellung auch zum Erhalt oder gar zum Ausbau der vorhandenen Qualifikation durch bedarfsgerechte Fort- und Weiterbildungsangebote genutzt werden sollte.

Aufgrund dieser Prämissen wurden Gespräche mit den Direktoren der Paderborner Gymnasien geführt und die Direktoren von 20 Gymnasien der näheren Region angeschrieben, um so auf empirischer Basis den Nachfrageaspekt zu klären, d.h. herauszufinden, in welchen Fächern und zu welchen Themenkomplexen ein besonderer Bedarf für Fort- und Weiterbildungsangebote besteht und welche Organisationsformen aus der Sicht der potentiellen Abnehmer am erfolgversprechendsten scheinen.

Die Auswertung der Planungsdaten für das Angebotsprogramm ergab Themenwünsche für folgende Fächer:

- Biologie - Chemie - Deutsch - Elektrotechnik - Englisch - Erdkunde - Französisch - Geschichte - Griechisch - Informatik - Kunst - Mathematik - Pädagogik - Philosophie - Physik - Sozialwissenschaften - Sport - Religion.

Die von den Schulen gewünschten Themen zur Lehrerfort- und -weiterbildung sind im Juli 1984 den Dekanen der Fachbereiche 1 - 6, 13, 14 und 17 mit der Bitte zugeleitet worden, eine erste Ermittlung des Angebotsaspekts durchzuführen. Fast alle Fachbereiche haben bis Ende August 1984 mitgeteilt, daß sie in der Lage sind, einzelne von den Schulen gewünschte Themen zu realisieren. Gleichzeitig wurde für fast jedes Fach dieser Fachbereiche ein Weiterbildungsbeauftragter benannt.

In einem weiteren Schritt zur Verwirklichung eines Angebots ging es darum, die von den Hochschullehrern angegebenen Themen in präzise Ankündigungen für ein geplantes "Weiterbildungs-Veranstaltungsverzeichnis" umzusetzen.

Dazu wurde ein zweiseitiges Grundmuster entwickelt, nach welchem die Hochschullehrer ihre Veranstaltung vorstellen und gliedern. Diese Themenankündigungen werden zur Zeit zu einem 'Weiterbildungsprogramm' der Hochschule zusammengestellt, welches bis Jahresende an die Schulen verschickt werden soll.

3.7.4 Weiterbildung mit Trägern außerhalb der Hochschule

Nach dem Gesetz zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Land Nordrhein-Westfalen (1. WbG.) vom 31.07.74 i.d. Fassung der Bekanntmachung vom 07.05.1982 sind kommunale Weiterbildungsentwicklungspläne aufzustellen und fortzuschreiben. Im Jahr 1978 wurde für den Kreis Paderborn erstmals ein Weiterbildungsentwicklungsplan aufgestellt. Eine Fortschreibung erfolgt in diesem Jahr.

Da die Hochschule aufgrund der Verordnung über die Rahmenrichtlinien für die Aufstellung kommunaler Weiterbildungsentwicklungspläne eigenständiger Planungsbeteiligter ist (§ 2 Abs. 1), muß sie zu o.g. Plan gehört werden.

Die Hochschule hat die von der Stadt Paderborn gewünschten Einzelangaben für den Weiterbildungsentwicklungsplan im Februar 1984 übermittelt und an dem Abstimmungsgespräch mit allen Planungsbeteiligten im März 1983 teilgenommen.

Darüber hinaus hat die Hochschule Gespräche mit dem Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest (Gesprächspartner: Herr Schulte-Fischedick), dem Gesamtseminar des Regierungsbezirkes Detmold (Gesprächspartner beim RP Detmold: Herr Heermann) und dem Schulamt der Stadt Paderborn (Gesprächspartner: Herr Westemeyer) geführt.

Als Schwerpunktprogramme für die Lehrerfort- und -weiterbildung wurden vom Landesinstitut vor allem folgende Gebiete genannt:

- Ausländerprobleme in Regelklassen,
- schulinterne Lehrerfortbildung (Veranstaltungen, die von allen Lehrern einer Schule besucht würden),
- Vermittlung der sog. Kulturtechniken (Deutsch und Mathematik),
- Drogen- und Suchtprobleme,
- Berufswahlvorbereitung (fachübergreifend für alle Schulformen),
- Informatik,
- Projektorientiertes Lernen und Projektwochen,
- Schulfach "Technik" in der Realschule,
- Mediendidaktik,
- Sport.

Es wurde vereinbart, daß die Hochschule in Kooperation mit den genannten Trägern für Lehrerfort- und -weiterbildung in Zukunft verstärkt Lehrerfort- und -weiterbildungsmaßnahmen durchführen wird.

Die Angebote der Hochschule werden in die Programme Lehrerfort- und -weiterbildung der genannten Institutionen aufgenommen.

Das Angebot der Hochschule soll dabei der Konzeption einer praxisnahen, teilnehmerorientierten Lehrerfortbildung folgen, wobei die Veranstaltungen soweit wie möglich in den Schulen durchgeführt werden.

In dem Berichtszeitraum wurden erste Lehrerfortbildungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Schulamt der Stadt Paderborn und dem Gesamtseminar in Detmold durchgeführt.

3.8 Brückenkurse

Die Brückenkurse sind in der Zwischenzeit zu einer festen Einrichtung im Grundstudium für Studenten mit Fachhochschulreife geworden. Ihre 'Popularität' und ihr Nutzen erweisen sich u.a. darin, daß in den Brückenkursen Englisch und Mathematik für Wirtschaftler ein gutes Drittel der Kursteilnehmer das Abitur besitzt. Im übrigen erhalten die Brückenkurse die tatkräftige Unterstützung der Fachbereiche 3, 6 und 17, die Deputatsfehlbeträge weitgehend durch bisher fachbereichsintern verwendete Deputate ausgleichen halfen.

Die Situation in den drei Brückenkursfächern Mathematik, Englisch und Deutsch stellt sich im einzelnen wie folgt dar (die Angaben erfolgen auf Jahresbasis, da, abgesehen von den Vorkursen Mathematik, nur Jahreskurse angeboten werden):

Englisch

Es sind im Berichtszeitraum folgende Kurse gehalten worden (in Klammern die Teilnehmerzahl je Abnehmerfachbereich):

FB 5	9 Kurse (270)
FB 6	integriert in FB 17
FB 10	2 Kurse (60): Deputat des Faches Anglistik
FB 13	1 Kurs (20)
FB 14	3 Kurse (70)
FB 17	3 Kurse (60)
FB 6-17	Wiederholerkurs (25), wird nur im WS angeboten
FB 5-17	4 Kurse (40) für Studenten mit für die Brückenkurse nicht ausreichenden Englischkenntnissen. Dieses Deputat erbringt ebenfalls das Fach Anglistik.

Das Zahlenmaterial zeigt folgendes: Es werden pro Semester 32 SWS vom Brückenkurspersonal und 12 SWS von Mitgliedern des Faches Anglistik erbracht. Insgesamt haben 505 Studierende an den Brückenkursen teilgenommen. In den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächern haben 225 Studenten an der Abschlußklausur teilgenommen, 177 haben die Klausur bestanden. Im FB 5 haben 60 Studierende die Brückenkursabschlußleistung durch Anerkennung des fachinternen Scheins in Wirtschaftsenglisch erbracht, 2 weitere durch Bestehen einer Brückenkursklausur.

Das für das WS 84/85 zur Verfügung stehende Deputat wird sich nicht ändern, die Studentenzahlen dürften sich ungefähr in gleichem Rahmen bewegen.

Deutsch

Der Brückenkurs Deutsch wird über zwei Semester, beginnend im Sommersemester, abgehalten. Zur Zeit werden folgende Kurse (durchschnittliche Teilnehmerzahl: 25) durchgeführt:

- Für den Fachbereich 5: 7 Kurse;
- für den Fachbereich 10: 2 Kurse;
- für den Fachbereich 14: 2 Kurse;
- für den Fachbereich 17: 2 plus 1 (integriert mit 6)
- für Wiederholer: 2

Die Universität-GH-Paderborn ist auch an der Konzeption der Brückenkurse der Fernuniversität-GH-Hagen beteiligt, da die Kurseinheiten für den Brückenkurs Deutsch vom hiesigen Brückenkursbüro verfaßt worden sind. Die Kurse sind seit Januar 1984 im Einsatz.

Mathematik

Die Brückenkurse für Mathematik in den integrierten Studiengängen wurden wie folgt durchgeführt:

A) Blockbrückenkurse vor Beginn des WS 83/84:

05.09.1983 - 07.10.1984:

<u>Integrierter Studiengang</u>	<u>Anzahl der Teilnehmer</u>
Einzügig: Mathematik	26
Informatik	38
Chemie	40
Physik (vgl. Vorkurs Physik)	38
Dreizügig: Maschinenbau	108
Elektrotechnik	112
	<hr/>
	362

Von den 362 Teilnehmern hatten 118 die volle Hochschulreife, der Rest FOS-Abschluß.

Die Lehre in den 10 Kursen á 60 Stunden wurde wie folgt abgedeckt:

5 x 60 h FB 17

1 x 100 h FB 6 (Vorkurs Physik)

4 x 60 h durch bezahlte Lehraufträge.

Bemerkungen: Im Vergleich zu 82/83 war eine Zunahme der Hörerzahl um insgesamt ca. 20% festzustellen, intern jedoch eine Verschiebung zwischen Mathematik und Informatik: In Mathematik Abnahme um 1/3, Verdoppelung in Informatik.

B) Semesterbegleitende Brückenkurse:

Nur für den integrierten Studiengang Wirtschaft: Die Semesterbegleitenden Brückenkurse wurden wie folgt angeboten; sich erstreckend über WS 83/84, SS 84:

Im WS 83/84:

Wöchentlich eine einstündige Vorlesung für alle Interessenten im C1. Der C1 war einschließlich der Stufen besetzt. Demnach mehr als 320 Hörer.

Dazu wurden wöchentlich eine zweistündige Übung in 9 Parallelveranstaltungen angeboten. Gruppenstärke zwischen 30 und 40 Teilnehmer.

Zunahme der Teilnehmerzahl im Vergleich zum Vorjahr ca. 15%.

Im SS 84:

Wöchentliche eine zweistündige Übung in 9 Parallelveranstaltungen. Gruppenstärke zwischen 20 und 30.

Bemerkung: Die Abnahme im SS erklärt sich vielleicht daraus, daß zahlreiche Studenten mit FOS-Abschluß sich für das H 1-Studium entschieden haben.

Die Lehre wurde voll durch Kräfte des FB 17 abgedeckt.

C) Blockbrückenkurse vor Beginn WS 84/85: 3.9.84-5.10.84.

Einteilung und Abdeckung der Lehre wie 83/84. Exakte Zahlen liegen dem Brückenkursleiter noch nicht vor, da die Veranstaltungen noch laufen.

Eine überschlägige Abschätzung bei der Einführungsveranstaltung am 03.09. und Rückfragen bei den Dozenten deuten auf Stagnation, wenn nicht schwachen Rückgang der Zahlen. Ebenfalls bestätigt sich:

Rückgang in Mathematik 15 (26).

Zunahme in Informatik 45 (38).

3.9 Praxissemester

Die Universität-Gesamthochschule-Paderborn führt fakultativ Studiengänge mit einem Praxissemester für Studenten folgender Fachbereiche durch:

- Wirtschaftswissenschaften	FB 5 - Paderborn
- Physik	FB 6 - Paderborn
- Architektur - Landespflege	FB 7 - Höxter
- Maschinentechnik II	FB 11 - Meschede
- Maschinentechnik III	FB 12 - Soest
- Chemie und Chemietechnik	FB 13 - Paderborn
- Nachrichtentechnik	FB 15 - Meschede
- Elektrische Energietechnik	FB 16 - Soest
- Mathematik - Informatik	FB 17 - Paderborn

Der Fachbereich Physik bietet das Praxissemester in der Regel zum Sommersemester an. In allen anderen Fachberei-

chen wird das Praxissemester während des Wintersemesters durchgeführt.

In den Fachbereichen

- Bauingenieurwesen FB 8 - Höxter
 - Maschinentechnik I FB 10 - Paderborn
 - Elektrotechnik Fb 14 - Paderborn
- ist die Einführung von Studiengängen mit Praxissemester in Vorbereitung.

Das Praxissemester dauert 22 Wochen unter Einschluß des anteiligen Urlaubs. Es kann frühestens nach dem 4. Studiensemester abgeleistet werden.

Ziele der Ausbildung während der Praxissemester sind

- die Vermittlung von Praxiserfahrung,
- eine Orientierung für das Weiterstudium zu geben und für das Weiterstudium zu motivieren sowie
- Kontakte zu den Berufsfeldern schon während des Studiums zu knüpfen.

Die Arbeitsgemeinschaft Praxissemester hat die Broschüre "Alles über Praxissemester" neu bearbeitet und im April 1984 in 6. Auflage (2.000 Exemplare) herausgegeben. Diese 2.000 Exemplare sind in den entsprechenden Fachbereichen verteilt worden.

Trotz dieser Information auf breiter Ebene konnte die Anzahl der Studenten, die ein Praxissemester absolvieren, nicht wesentlich erhöht werden (z.Zt. ca. 50 Studenten). Die AG. hat Möglichkeiten diskutiert, mehr Studenten für Praxissemester zu motivieren. Für das WS 1984/85 ist eine Informationsveranstaltung mit dem Titel "Industriekolloquium" vorgesehen. Z.Zt. erfolgt durch die AG. eine Auflistung der zur Verfügung stehenden Praxisstellen in den Betrieben.

3.10 Betriebseinheit Sprachlehre

Die Betriebseinheit Sprachlehre (BESL) ist eine Betriebseinheit des Fachbereichs 3 (Sprach- und Literaturwissenschaften) und wurde zum Beginn des SS 1983 eingerichtet.

Ihre Aufgaben sind die zentrale Organisation und Durchführung des Sprachlehrangebots im Bereich der gesamten Hochschule. Dazu gehören insbesondere (1) das in Prüfungs- oder Studienordnungen verankerte Lehrangebot in den verschiedenen Sprachen für alle Fachbereiche, (2) die Deutschkurse für ausländische Studienbewerber und Studierende und (3) sonstige Veranstaltungen zur Förderung von Sprachkenntnissen für Studenten und Angehörige der eigenen Hochschule sowie der Partnerschaftsuniversitäten, ferner (4) die Erarbeitung mediengestützter Sprachlehrprogramme.

Die BESL wurde eingerichtet mit der Absicht, den gesamten Sprachlehrbereich zentral zu koordinieren. Trotz immer knapper werdender Haushaltsmittel konnte im Bereich der Sprachlehre in den verschiedenen Fachbereichen und Fächern ein minimales und dennoch breit gefächertes Sprachlehrangebot erhalten werden. Dies geschah zum einen durch gezielte Planung und zentral gesteuerten Einsatz von Haushaltsmitteln für besoldete Lehraufträge, zum anderen durch eine erhebliche Ausweitung der Serviceleistungen der hauptamtlichen Lehrkräfte in den sprachlichen Fächern. Dies gilt vor allem für die Anglistik, die z.Zt. einen Dienstleistungsexport in Fachbereiche und Fächer außerhalb des Fachbereichs 3 in der Größenordnung von durchschnittlich 59 SWS aufweisen kann.

Ferner soll besonders darauf geachtet werden, daß die bei der Minimalausstattung der Gesamthochschulen hauptamtlich nicht vertretenen Sprachen (Niederländisch, Rus-

sisch, Türkisch, Chinesisch, Japanisch o.ä.) im Sprachlehrrangebot berücksichtigt werden. Verpflichtungen aus internationalen Kooperationsverträgen wird schon jetzt besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht.

Um die Berufschancen von Studienabsolventen zu verbessern, soll die Möglichkeit des Erwerbs von sprachlichen Zusatzqualifikationen in Form von international anerkannten Zertifikaten eingerichtet werden (Für das Englisch-Zertifikat der University of Kent, Canterbury stehen die Verhandlungen kurz vor dem Abschluß; für Französisch, Spanisch etc. ist Ähnliches geplant).

Die Einrichtung des BESL machte die Neuordnung des Sprachlehrbereiches des AVMZ erforderlich. Das AVMZ hat jegliche inhaltliche Verantwortung für die Sprachlehre des BESL übergeben. Die sächlichen Ressourcen bleiben unter der Verwaltung des AVMZ, die bisher bestehenden Personalressourcen für Sprachlehraufgaben im AVMZ werden der BESL bzw. dem FB unterstellt. Im Rahmen dieser neu definierten Kooperation mit dem AVMZ bemüht sich die BESL, die vorhandenen Sprachlehrmedien für alle Benutzer zu verwalten und verstärkt zugänglich zu machen (z.B. durch Einrichtung eines Beratersystems für verschiedene Sprachen).

Zum Zeitpunkt der Berichterstattung ist die BESL besonders bestrebt, das Programm Deutsch für ausländische Studienbewerber durch rechtzeitige Bereitstellung von Mitteln für Lehrbeauftragte und Hilfskräfte zu sichern und ein längerfristiges Strukturkonzept zu erarbeiten.

3.11 Studienreform

Als Institution Hochschule vom Typus Gesamthochschule leistet unsere Hochschule einen äußerst wichtigen Bei-

trag durch die Möglichkeit des gemeinsamen Studiums von Abiturienten und Nicht-Abiturienten. Sie hat dadurch die Durchlässigkeit des Studiengangssystems entsprechend Neigung, Eignung und Leistungsfähigkeit wesentlich verbessert und damit die Chancengleichheit gefördert.

Die Untersuchung von Hitpass über die Gesamthochschule Essen, die den Erfolg des gemeinsamen Studiums beider Gruppen beschreibt, wird durch entsprechende Erfahrungen anderer Gesamthochschulen in NRW bestätigt.

Paderborner Prüfungsstatistiken belegen, daß Nicht-Abiturienten keine signifikant schlechteren Prüfungen ablegen als Abiturienten. Allerdings ist die drop-out-Quote der Nicht-Prüfungsteilnehmer unberücksichtigt. Die drop-out-Quote ist leider auch in den integrierten Studiengängen so hoch wie anderswo, insbesondere gilt das bis zur Zwischenprüfung. Unter anderem auch deshalb ist die Kritik am sogenannten "Notenskandal an den Gesamthochschulen" haltlos.

Ein weiteres wichtiges Ziel der Studienreform ist die Verkürzung der tatsächlichen Studienzeiten.

Geeignete Vergleiche zeigen, daß Paderborn hier keinen schlechten Platz einnimmt. Bei der Wahl der Vergleichsdaten konnten nur solche Bundesländer berücksichtigt werden, in denen wie bei uns die Studiendauer einschließlich der Prüfungszeit gemessen wird.

Bei der Diskussion über Studienzeitverkürzung sind der Ausbaustand und die Kapazitätsauslastung wichtig. In Paderborn bestehen Engpässe in räumlicher und personeller Hinsicht. Kritischen Einwendungen gegen die lange Studiendauer in Kurzzeitstudiengängen ist nach Auskunft der Dekane mit dem Hinweis auf die Auffangfunktion des Hauptstudiums I zu begegnen. Das Hauptstudium I ist also nicht

nur eine Alternative für eher anwendungsbezogen begabte Studenten, sondern auch für weniger theoriebegabte, die nach erfolglosem Versuch im mehr theoretischen Hauptstudium II die Alternative des kürzeren anwendungsbezogenen Hauptstudiums I wahrnehmen.

Studiendauer in den integrierten Studiengängen im Vergleich zur Studiendauer in entsprechenden Studiengängen anderer Hochschulen (Diplom II in Paderborn und einzelnen Bundesländern)

Die nachfolgende Übersicht stellt die Studiendauer in den integrierten Studiengängen der Universität-GH-Paderborn H II den Landesdurchschnittswerten in entsprechenden Studiengängen in Berlin, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern gegenüber. Die Beschränkung auf den Vergleich mit diesen Bundesländern erfolgt deshalb, weil nur hier die Studiendauer unter Einschluß der Prüfungszeiträume gemessen wurde. Die zum Vergleich herangezogenen Daten stammen aus der Prüfungsindividualerhebung 1981 einzelner statistischer Landesämter, veröffentlicht in HIS-Kurzinformationen A 5/83 (R. Reisnert: Studienzeiten - Entwicklung und Ursachen S. 9). Die Daten aus Paderborn geben den Stand zu Beginn des WS 83/84 wieder.

Maschinenbau:

Berlin	13,2
Niedersachsen	12,4
Baden-Württemberg	12,0
Paderborn	11,9

Elektrotechnik:

Berlin	16,8
Niedersachsen	12,2
Baden-Württemberg	12,4
Paderborn	10,8

Physik:

Berlin	16,0
Schleswig-Holstein	14,0
Niedersachsen	13,2
Bayern	13,0
Baden-Württemberg	12,8
Paderborn	11,3

Chemie:

Schleswig-Holstein	14,2
Berlin	14,0
Niedersachsen	12,6
Baden-Württemberg	12,6
Bayern	12,2
Paderborn	11,2

Mathematik:

Berlin	16,0
Schleswig-Holstein	15,4
Bayern	13,2
Baden-Württemberg	13,2
Paderborn	12,9
Niedersachsen	12,8

Wirtschaftswissenschaften:

Berlin	12,7
Schleswig-Holstein	12,6
Niedersachsen	12,0
Paderborn	11,1
Bayern	11,0

3.12 Sonstige Aktivitäten

3.12.1 Geschäftsordnung der Kommission für Lehre, Studium und Studienreform

In Ausführung eines Auftrages der Grundordnung hat die Kommission für Lehre, Studium und Studienreform im Februar 1984 eine Geschäftsordnung erarbeitet. Sie soll als Muster für die übrigen ständigen Kommissionen dienen.

3.12.2 Kommunales Btx-Programm der Stadt Paderborn - Bereich Universität-Gesamthochschule

Die Stadt Paderborn schreibt in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundespost ein Btx-Programm über Paderborn. Für die Universität-GH-Paderborn sind Informationen über die Struktur und das Fächerangebot mitgeteilt worden. Die Stadt hat der Hochschule nach Fertigstellung einen Programmauszug zugesagt.

3.12.3 Hochschulplakat "Studienangebot der Universität-GH-Paderborn"

Das Planungsdezernat der Zentralverwaltung hat im Dezember 1983 das Hochschulplakat "Studienangebot" entworfen. Die Auflage betrug 3.000 Exemplare. Das Format ist DIN A 1. 1.000 Exemplare wurden zusätzlich in DIN A 3-Format für die Hannover-Messe gedruckt, von denen ca. 800 Exemplare verteilt worden sind.

Bei dem Hochschulplakat "Studienangebot der Universität-GH-Paderborn" handelt es sich um die erste zusammengefaßte Darstellung des kompletten Studienangebots auf einen Blick.

Zum Zwecke einer umfangreichen Werbung für die Hochschule in der Öffentlichkeit ist das Plakat an insgesamt 1.570 Schulen in der BRD verteilt worden und zwar an:

- alle zu einer Zulassung an eine Hochschule führenden Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen (820)
- alle anderen Fachoberschulen der Bundesrepublik Deutschland (750)

Jedem Plakat ist ein fünfseitiges Begleitschreiben über die Struktur der Hochschule beigelegt worden. Die Schulen sind im Anschreiben gebeten worden, dieses Begleitschreiben ebenfalls auszuhängen.

Intern ist das Plakat an alle mit der Materie befaßten Hochschulangehörigen verteilt worden. In der Region Paderborn ist das Plakat ebenfalls verteilt worden.

Diese Werbeaktion für die Hochschule ist die umfangreichste in ihrer bisherigen Geschichte.

3.13 Unerfreuliches ("Notenskandal")

Im August 1983 informierte die Presse über die Notengebung und die Erfolgsquoten der Abschlußprüfungen an den Hochschulen. In diesem Zusammenhang wurden die Universitäten - Gesamthochschulen als "Gefälligkeitshochschulen" bezeichnet und wurden u.a. von einem Notenskandal" an diesen Institutionen gesprochen.

Verantwortlich für diese Verlautbarung zeichnete der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete Theodor Lemper.

Diese Veröffentlichung konnte nicht unwidersprochen hingenommen werden. Die an der Universität-GH-Paderborn durchgeführten Recherchen zeigten dann auch, daß die von Herrn Lemper an die Presse gegebene Information falsch,

durch einseitige Auswahl von Daten und durch unzuverlässige Verallgemeinerung sowie den Verzicht auf geeignete Vergleiche zustande gekommen war.

Nachdem die Schwächen der "Lemperargumentation" erst einmal aufgedeckt waren und eindeutig belegt wurde, daß die Notengebung an den Gesamthochschulen in keiner Weise von der Praxis anderer Hochschulen abweicht, hätte man das Stichwort "Notenskandal" als Diskussionsthema vergessen können, wenn nicht auch der Abgeordnete Dr. Röd- ding die vorliegenden Zahlen selektiv ausgewertet, unzu- lässig verallgemeinert und daraus unbegründete Folgerun- gen gezogen hätte.

Bei dieser Sachlage mußte bedacht werden, daß durch solch leichtfertige Äußerungen und Handlungen der Scha- den für die zu Unrecht angegriffenen Institutionen und deren Angehörige erheblich sein kann. Das Rektorat hat dementsprechend reagiert und sich u. a. auch mit ent- sprechenden Schreiben an die Herren Worms und Biedenkopf gewandt mit der Bitte, die Gesamthochschulen vor solch unverantwortlichen Angriffen zu schützen.

Sachkunde und rechtzeitig geführte offene Gespräche mit allen Betroffenen hätten die Fehlleistung des Herrn Lemper verhindern können, wenn man - wie der Wissen- schaftsminister - die vorliegenden Daten zur Notengebung und vor allem der Erfolgsquote der Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen mit der traditioneller Universitä- ten und Hochschulen der Bundesrepublik insgesamt ver- glichen hätte. Bei Betrachtung der Paderborner Daten zeigt sich, daß die durchschnittliche Erfolgsquote gleich der an klassischen Universitäten ist und unter dem Bundesdurchschnitt liegt und daß der Anteil der Stu- denten, die mit gut oder besser das Examen bestanden, noch unter dem entsprechenden Anteil bei den klassischen Hochschulen liegt. Diese Daten lassen sich aus den dem

Rektorat vorliegenden statistischen Berichten ablesen; an ihnen ist nichts Geheimnisvolles, aber sie wären geeignet gewesen, über solche Fakten und deren Einschätzungen nützliche Gespräche zu führen.

Der Hochschule ist bekannt, daß eine nicht unerhebliche Zahl von Studenten das Studium vor einem endgültigen Scheitern in der Diplom-Vorprüfung abbricht.

Aufgabe der Hochschule ist es daher, alle Anstrengungen zur Minderung der Abbrechquote zu unternehmen. Die zentralen Gremien der Hochschule lassen sich daher regelmäßig über die Entwicklung der einzelnen Fächer unterrichten und wachen darüber, daß die Leistungsstandards sich nicht auseinanderentwickeln. Das gilt auch für die Ausfallquoten in den Zwischenprüfungen, die in der Regel zwischen 30.- 50 v. H., in den Ingenieur- und Naturwissenschaften eher bei 50 v. H. liegen.

Wenn noch einmal das Stichwort "Notenskandal" bzw. der Vorwurf zu positiver Noten aufgegriffen werden muß, so unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Hochschule im übrigen auch mit umgekehrten Vorzeichen in die Schlagzeilen gekommen ist, als bei einer Mathematiklausur für Wirtschaftswissenschaftler die Durchfallquote 73 v. H. betrug.

Abschließend kann zu diesem Punkt gesagt werden, daß die oft mehrseitig geführten Diskussionen dazu beigetragen haben, das Qualitätsbewußtsein noch zu schärfen.

Die in der Statistik für einen Zeitraum von 4 Semestern ausgewiesenen Daten umfassen die Kalenderjahre 1982 und 1983.

Die Zahl der erlangten Abschlüsse in den integrierten Studiengängen beträgt nunmehr:

<u>Studiengang</u>	<u>HS 1</u>	<u>HS 2</u>	<u>Insgesamt</u>
Wirtschaftswiss.	219(26,5%)	608(73,5%)	827
Physik	35(59,3%)	24(40,7%)	59
Maschinenbau	146(57,7%)	107(42,3%)	253
Chemie	51(44,0%)	65(56,0%)	116
Elektrotechnik	109(45,8%)	129(54,2%)	238
Mathematik	<u>12(23,5%)</u>	<u>39(76,5%)</u>	<u>51</u>
Insgesamt	572	972	1544
	= 37 %	= 63 %	= 100 %

Nach der letzten Erhebung befinden sich 15,6 % der Studenten im Hauptstudium I und 84,4 % im Hauptstudium II. Diese Zahl steht in einem deutlichen Widerspruch zu der Zahl der erreichten Abschlüsse in den Hauptstudien I und II.

Eine eindeutige Analyse dieser Diskrepanz kann z. Zt. nicht vorgelegt werden, da das Prüfungssekretariat nicht über eine Individualerhebung des Studienverlaufs der Studenten verfügt.

Sehr wahrscheinlich liegt für Studenten die größere Attraktivität zunächst beim HS II, dabei ist der vermehrte Zugang von Abiturienten mit dieser Orientierung zu berücksichtigen. Die Studenten ändern allerdings im Zuge des Hauptstudiums ihr Studienziel, da sie den Leistungsanforderungen des HS II nicht entsprechen können.

Mit Sicherheit kann aber davon ausgegangen werden, daß das Verhältnis von HS I = 15 % und HS II = 85 % (Zielangabe der Studenten ausweislich der abgelegten Zwischenprüfung) sich bei den Abschlüssen zugunsten des HS I verschieben wird, wenn auch nach der letzten Erhebung der Anteil aller Abschlüsse im HS I um 3 % auf 37 % gesunken ist.

Die durchschnittliche Studiendauer der Studenten in den integrierten Studiengängen beträgt z. Zt.:

<u>Studiengang</u>	Semester	
	<u>HS I</u>	<u>HS II</u>
Wirtschaftswissenschaft	9,6	11,1
Physik	10,3	11,3
Maschinenbau	10,0	11,8
Chemie	11,1	11,2
Elektrotechnik	9,1	12,3
Mathematik	12,5	12,8

Deutlich wird die hohe Studiendauer in einigen Studiengängen des HS I. Gemessen am Bundesdurchschnitt zeigt sich eine längere Studiendauer der Langzeitstudenten in den Wirtschaftswissenschaften und besonders in der E.-Technik. Deutlich unter den Bundeswerten liegen die Studiengänge Chemie und Physik. Bei den Bundeswerten ist allerdings nicht erkennbar, ob die Prüfzeiträume von allen Hochschulen bei der Bemessung der Studiendauer erfaßt wurden.

Für die Elektrotechnik liegen inzwischen Zahlen vor, die das SS 84 mit einschließen. Eine Änderung in der Studiendauer ist aber nicht feststellbar. Ein Grund hierfür liegt sicher auch in der längeren Aufbauphase. Bemerkenswert hoch ist die Studiendauer im HS I der Studiengänge Chemie und Mathematik.

Eine neue Erhebung dieser Daten ist nach dem WS 84/85 möglich. Die Durchschnittsnoten der Abschlußprüfungen zeigen folgendes Bild:

<u>Studiengang</u>	Erhebung 1982		Erhebung 1983	
	<u>HS I</u>	<u>HS II</u>	<u>HS I</u>	<u>HS II</u>
Wirtschaftswissenschaft	2,6	2,5	2,5	2,3
Physik	2,5	1,5	1,7	1,6
Maschinenbau	2,3	2,1	2,2	2,0
Chemie	2,2	1,6	2,1	1,9
Elektrotechnik	2,1	2,5	2,3	2,6
Mathematik	2,7	1,2	2,0	1,3

Verteilung der Noten von "sehr gut" bis "ausreichend"

	<u>1982</u>	<u>%</u>	<u>1983</u>	<u>%</u>
Sehr gut	12	(5,3 %)	17	(6,8 %)
gut	117	(51,8 %)	144	(57,3 %)
befriedigend	13	(41,2 %)	84	(33,5 %)
ausreichend	4	(1,7 %)	6	(2,4 %)
Kandidaten	226		251	

Durchschnittsnote aller Abschlußprüfungen 1982 = 2,4

Durchschnittsnote aller Abschlußprüfungen 1983 = 2,15

4. Haushalt

4.1 Entwicklung der Haushaltsansätze

Die Entwicklung der Haushaltsansätze liefert ein getreues Abbild der Lage des Landeshaushaltes. Zuwächse sind rar geworden und selbst eine Erhaltung des Bestandes ist wegen der Preissteigerungen einem Abbau gleichzusetzen. Es soll hier nicht in ein mancherorts schon zum Standardrepertoire gehörendes allgemeines Wehklagen eingefallen werden. Die Universität-GH-Paderborn ist durchaus bereit, zur Sanierung der Landesfinanzen beizutragen. Ärgerlich ist aber dabei die vielfach festzustellende überproportionale Belastung der Universitäten-Gesamthochschulen, auf die in diesem Bericht mehrfach hingewiesen wird. Eine Zusammenfassung wichtiger Zahlen zur Haushaltsentwicklung ist unter 11.4.1 und 11.4.2 (S. 154) erfolgt.

4.2 Besondere Engpässe im Haushaltsbereich

Auf die zu niedrigen Zuweisungen aus Düsseldorf und die in Einzelfällen damit verbundenen Auswirkungen, Engpässe und Zwangslagen wird an mehreren Stellen hingewiesen.